

Ulbricht droht Westberlin

„Westmächte haben keine Aufenthaltsberechtigung“

Berlin (ap). Der Erste SED-Sekretär Walter Ulbricht wandte sich auf einer SED-Kundgebung zu den Westberliner Wahlen im Ostberliner Friedrichstadt-Palast gegen den Aufenthalt der Westmächte in Berlin. Er behauptete, Berlin sei keine fünfte Besatzungszone, sondern gehöre zum „Hoheitsbereich der DDR“.

Darum träfen die in der letzten Zeit von verschiedenen westlichen Politikern gezogenen Parallelen zwischen der Lage Westberlins und der Lage Quemoys „in gewissem Sinne“ auch den Kern des Problems. Beide würden als „Provokationszentren“ mißbraucht und

der UdSSR und der Sowjetzone vom Jahre 1955 gelte auch für Berlin. Durch die Beibehaltung des Besatzungsregimes hätten die Westmächte die Rechtsgrundlage für ihren Aufenthalt in den Westsektoren selbst untergraben und auch jedes moralische Recht zur Stationierung von Truppen verwirkt.

Die Besatzungsgewalt der Westmächte sei gegenwärtig eine Tatsache, von der die

„DDR, die keinerlei Beschränkungen ihrer Souveränität kennt und ihre Hoheitsrechte auch in und für Berlin ausübt“, in ihrer Politik ausgehe. Nur aus diesem Grunde habe sich die Sowjetzone zu einer „zeitweiligen“ Kontrolle des Verkehrs von Truppenpersonal und Gütern der in Westberlin stationierten westlichen Garnisonen durch die Rote Armee bereit erklärt.

Ferner stellte Ulbricht ein Wirtschaftsangebot des Ostberliner Magistrats an den Westberliner Senat sowie Vorschläge für Reisen von Westberlinern in die Sowjetzone und zur Lösung des Grenzgängerproblems in Aussicht.

Konsequenzen in USA

Washington (ap/dpa). Die USA bereiten sich darauf vor, ihre Kernwaffenversuche über den für die Einstellung vorgesehenen Termin hinaus fortzusetzen. Mit dieser Feststellung beantwortete Außenminister Dulles die sowjetische Weigerung, am 31. Oktober die Kernwaffenversuche für ein Jahr einzustellen. Das britische Außenministerium äußerte „tiefe Enttäuschung“ über die sowjetische Haltung in der Frage des Atomstops.

seien ein „unrechtmäßig vom Hinterland abgetrennter Bestandteil des Landes“.

„Beide Positionen“, erklärte Ulbricht wörtlich, „haben jedoch nicht nur die gleiche Aufgabe, sondern auch die gleichen Schwächen. Beide sind Inseln und haben alle Konsequenzen dieser Insellage zu tragen.“ Ulbricht behauptete ferner, der Souveränitätsvertrag zwischen

Bonn gegen Spekulationen

Kroll berichtet über Moskauer Gespräche — Kanzler stellt klar

Bonn (ap/dpa). Alle Spekulationen über den Inhalt der Antwortnote an die Sowjetregierung bewegen sich im luftleeren Raum. Dies erläuterte Pressechef v. Eckardt in Bonn. Er ließ jedoch offen, ob die Note der Bundesregierung das von mancher Seite erwartete Entgegenkommen gegenüber der Sowjetunion enthalte. Eckardt betonte, der im Auswärtigen Amt ausgearbeitete Entwurf der Note habe der Bundesregierung noch nicht vorgelegen. Politische Kreise Bonns vermuten, daß die Bundesregierung vorschlagen werde, in der von ihr angeregten Viermächte-Kommission auch die Frage eines Friedensvertrages entsprechend dem Wunsch der Sowjetregierung zu behandeln. Im Auswärtigen Amt rechnet man damit, daß

die Note erst Mitte November in Moskau überreicht werden wird.

Der deutsche Botschafter in Moskau, Dr. Kroll, berichtete Bundesaußenminister v. Brentano über sein letztes Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko. Danach ist die Sowjetunion nicht bereit, mit der Bundesregierung über die Wiedervereinigung zu sprechen.

Bundeskanzler Adenauer hat inzwischen davor gewarnt, ein von ihm in der vergangenen Woche gegebenes Interview, in dem er die Bereitschaft zu persönlichen Gesprächen mit der Sowjetregierung andeutete, falsch zu interpretieren. Er dementierte, daß er den Wunsch habe, sich mit Ministerpräsident Chruschtschow zu treffen.

Gemeinsame Politik?

K. W. B. Als der Bundespräsident, von seinem Staatsbesuch aus England zurückkommend, wieder auf deutschem Boden stand, lösten sich Anstrengung und Bilanz dieser Londoner Tage in dem befreienden Wort: „Wir haben es geschafft“. Er meinte damit sicherlich nicht nur die Mühsal von Repräsentation und Zeremonie, sondern auch die Befreiung von politisch-psychologischen Überlegungen. Anders wohl als viele seiner Landsleute hat Professor Heuss die festlich-zeremonielle Wanderung durch die Hauptstadt des britischen Empires an der Seite der britischen Königin als ein politisches Risiko empfunden. Wenn sich so viele Leute bei uns in Deutschland nun verwundert zeigen über die kühle Distanz, in die der größere Teil der britischen Zeitungen auch das am Rand der Londoner Straßen postierte britische Volk eingehüllt hat, dann möge ihre Schockiertheit nach Gründen hierfür zunächst einmal im eigenen Hause suchen.

*

Was uns in den letzten Jahren die Freundschaft so vieler bedeutender Staaten in unserer westlichen Nachbarschaft eingetragenen hat, ist gewiß der entschlossene und stetige Zug unserer Politik. Er hat die Bundesrepublik zum politischen Partner und Verbündeten der Westmächte — und unter ihnen bevorzugt auch Englands — gemacht. Die Londoner „Times“, die zu Beginn des Heuss-Besuches geschwiegen hatte, kommt an seinem Ende zu dem Schluß: „Es ist offensichtlich, daß die Politik der Regierung weiter fortgeschritten ist als die öffentliche Meinung. Und vielleicht ist jetzt noch mehr Zeit und Aufwand nötig, bis das neue Gesicht Deutschlands weithin bekannt ist.“ Hier liegt offensichtlich eine Ursache für die Skepsis, die aus England gegenüber unserem Deutschland jetzt bekanntgeworden ist. Wir fürchten, daß sie — wenn auch nicht in der kühlen, reservierten Form des britischen Tempe-

raments — auch bei manchem unserer anderen Verbündeten vorhanden ist. Es ist die sich immer wieder mit Zweifeln nahnende Überlegung, ob die deutsche Politik auch identisch sei mit der gewandelten Mentalität der deutschen Bevölkerung. Der Politik ist man zugetan, aber dem Vorhandensein von politischen Meinungen innerhalb der seit Jahren gleichgerichteten politischen Führung steht man mit Besorgnissen gegenüber, die sich schlecht mit dem Bekenntnis zur demokratischen Meinungsfreiheit vertragen.

*

Um so aufmerksamer beobachten die Kritiker jede neue Anstrengung, die in der Bundesrepublik unter der Devise einer „gemeinsamen Politik“ vor sich geht. Sie sehen auch, daß die Initiative zu solcher gemeinsamen Politik von den politischen Gruppen ausgeht, die die politische Führung seit Jahren in der Hand haben. Aber man sollte auch erkennen, daß es bei diesen Bemühungen, die deutschen Parteien insgesamt, also vor allem auch die große Opposition, auf politische Aufgaben der Gemeinschaft zu verpflichten, nicht um den Versuch einer politischen Gleichschaltung geht — und natürlich auch nicht gehen kann. Eine gemeinsame Politik kann nicht heißen, die politische Meinungsbildung auf einen Meinungs- und Machtträger zu monopolisieren. Sie kann nur aussichtsreich sein, wenn sie sich darauf beschränkt, in ganz wenigen, eben den großen Schicksalsproblemen, zu einer gemeinsamen Entschlossenheit zu gelangen. Die Frage der deutschen Einheit und das eng mit ihr verbundene Problem der Landesverteidigung sind jene großen Aufgaben, in denen sich für uns, aber noch mehr für das uns beobachtende Ausland, die deutsche Mentalität von heute repräsentiert.

*

Einige verheißungsvolle Anzeichen in der letzten Zeit gibt es, die Hoffnungen auf eine Entwicklung solcher gemeinsamen Politik in diesen Fragen wecken. Mag der Entschluß des Bundestages auf seiner Berliner Sitzung, der Freiheit der Deutschen in der sowjetisch besetzten Zone mit allen poli-

tischen und menschlichen Mitteln ein Stück näherzukommen, auch noch mehr von Gefühlen bewegt als von der politischen Wirklichkeit begünstigt sein — in der konkreten Linie, die aufgezeichnet wurde, um der harten Kaltherzigkeit Moskaus zu begegnen, zeigen sich außer den menschlichen auch politische Übereinstimmungen. Es ist gut, daß der Professor Hagemann aus Münster jene nüchtern-blamable Reise zu Ulbricht unternommen hat, um allen Illusionisten schnell klarzumachen, zu welchem kommunistischen Gesamtdeutschland jede Kontaktstelle mit Pankow führen müßte. Man wird der gemeinsamen Politik in Richtung auf die Freiheit ganz Deutschlands jetzt mit größerer Nüchternheit, doch mit vermehrter politischer Intensität sich zuwenden können.

*

Um die Mitarbeit der sozialdemokratischen Opposition beim Aufbau der deutschen Sicherheit haben Adenauer und zuletzt der Verteidigungsminister Strauß immer wieder gerungen; denn in der Mitarbeit an der deutschen Sicherheit zeichnet sich am wichtigsten die Mitarbeit am neuen deutschen Staate ab. Ollenhauer hat eben Adenauer verbittert zum Vorwurf gemacht, er lege alles darauf an, die Sozialdemokraten aus dem deutschen Staat auszuschalten. Gewiß meinte er die schweren Attacken, mit denen der Parteivorsitzende der CDU die SPD bei seinen Wahlkämpfen in Hessen belegt hatte. Sicher müssen Adenauers Vorwürfe an die SPD, sie sei ein Hindernis für die gemeinsame Außen- und Wehrpolitik, gerade jetzt verletzen, wo wir auf eben diesen beiden Feldern gewisse Annäherungen zu erkennen hoffen.

*

Es ist notwendig, sich um solche Politik der gemeinsamen Verpflichtungen noch mehr zu bemühen. Wenn sich diese Entwicklung fortsetzte, könnten gewiß auch die Skeptiker unter unseren westlichen Freunden sich an den Gedanken gewöhnen, daß hinter unserer vom Westen so anerkannten Politik auch trotz — oder gerade wegen unserer innerdeutschen Auseinandersetzungen das ganze deutsche Volk steht.

Pankow für Kirche unzugänglich

Ergebnis der Bischofskonferenz — Neue Bemühungen

Berlin (epd). Die Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) hat zum Abschluß ihrer mehrtägigen Sitzung, die in Berlin unter Vorsitz von Landesbischof Lilje stattfand, ihr Bedauern darüber ausgesprochen, daß die Sowjetzonen-Regierung im Gegensatz zu der unermüdlich bewiesenen Verständigungsbereitschaft der Kirche unzugänglich sei für einen fühlbaren positiven Beitrag zur Entspannung.

Gleichzeitig teilte das Informationsblatt der Evangelischen Kirche in Deutschland, „Evangelische Welt“, mit, daß die

sterpräsidenten Grotewohl die Bedrängnis der Christen in aller Eindringlichkeit vorgetragen hätten, daß aber alle ihre Vorstellungen bisher ohne Erfolg geblieben seien. Die Bischöfe forderten die Gläubigen auf, für die Wiederherstellung der Gewissensfreiheit in der „DDR“ zu beten.

„Atlas“-Explosion war Sprengstoffanschlag

Hamburg (ap). Auf den Bremer Motorfrachter „Atlas“ (2699 BRT), der am 1. Oktober im Hamburger Hafen nach einer heftigen Detonation auf Grund gesackt war, ist nach Ansicht der Polizei eindeutig ein Sprengstoffanschlag verübt worden. Durch zwei im Abstand von etwa sieben Metern am Schlingerkiel des Frachters mittschiffs von außen ange-

brachte Sprengkörper wurden ein etwa 12 und ein rund 5 Quadratmeter großes Leck in den Schiffsrumpf gerissen.

Die „Atlas“, die der Bremer Atlas-Levante-Linie gehört, hatte auf ihrer letzten Reise mehrere Häfen im Nahen Osten angelaufen. Acht Stunden nach der Ankunft in Hamburg erschütterte eine heftige Explosion den Frachter, der dann langsam auf Grund sackte und sich dabei mit einer Schlagseite bis zu 50 Grad gegen die Kai-mauer lehnte.

Die Ermittlungen konnten erst in vollem Umfang aufgenommen werden, als es den Bergern gelungen war, das schwerbeschädigte Schiff zu heben. Nach den ersten Untersuchungsergebnissen erscheint es ausgeschlossen, daß der oder die Täter bei dem Anschlag Haftladungen verwendet haben. Die beiden Sprengkörper wurden unter Wasser wahrscheinlich am Schlingerkiel befestigt, der sich an der Seite des Schiffsbodens befindet.

Gegen Propagandisten

Dieses Gedicht wurde in einer Hallenser Werkzeugzeitung abgedruckt:

„Du sitzt seit Jahren im Büro,
und wenn du kommst,
um aufzuklären,
dann redest du gerade so,
als ob wir alle dämlich wären.
Du sprichst geschwollen
und verdreht,
bis alle schlafen oder lachen.
Wer alte Fehler eingesteht,
muß nicht gleich wieder
neue machen.
Du redest über Weltniveau
und über ferngeheizte Toiletten.
Und ich wär schon wer weiß
wie froh,
wenn wir genügend Wohnraum
hätten.“

Sowjetzonenbehörden eine Großaktion gegen den Buchbestand in catechetischen Seminaren, Kinderheimen, Pfarrbibliotheken und anderen Einrichtungen beider Konfessionen in die Wege geleitet haben. Zahlreiche Bücher werden dabei unter dem Vorwand beschlagnahmt, sie gefährdeten die Jugend und verherrlichten den Faschismus.

Hirtenwort zur Glaubensnot

Auf die Glaubens- und Gewissensnot der Christen in der Zone haben die katholischen Bischöfe und bischöflichen Kommissare im Gebiet der Zone am Sonntag in einem Hirtenwort hingewiesen. Sie betonten, daß sie dem Zonen-Mini-

B. Berlin (Eig. Ber.). In keinem Land der Welt wäre es möglich, der schaffenden Bevölkerung mit Zumutungen zu kommen, die in der Zone unter der schamhaften Umschreibung „sozialistischer Arbeitsstil“ das letzte an Arbeitskraft aus den Menschen herausholen. So will man im Endeffekt die 45-Stunden-Woche auf kaltem Wege in eine 50- oder 55-Stunden-Woche umwandeln. Die nachstehende Aufzählung umfaßt nur die größeren Aktionen.

1. Der sozialistische Wettbewerb in den Betrieben mit dem Ziel von Leistungssteigerung durch Normenerhöhung, verschärftes Arbeitstempo, jedoch ohne Lohnerhöhung, nach verschiedenen Antreibermethoden. Verpflichtung zu prozentuellem Übersoll gegenüber den Normen sowohl des Betriebes wie des einzelnen Arbeiters.

2. Zusätzliche Produktion von Massenbedarfsgütern, um den Mangel an Konsumgütern zu mildern. Die Herstellung erfolgt außerhalb des eigentlichen Produktionsprogramms aus Abfällen, Restbeständen usw.

3. Nationales Aufbauwerk. Es verlangt unbezahlte Freizeitarbeit außerhalb der Betriebe in der Landwirtschaft, beim Schutträumen, Grabenarbeiten, Wegebau, Bauhilfsarbeiten usw. Auch für Kinder,

4. Aktion Steckenpferd. Auf Anregung des VEB Steckenpferd zusätzliche Produktion von Exportgütern, deren Ertrag dem Staat für den Ankauf von ursprünglich einem, nunmehr drei Hochseefrachtschiffen zur Verfügung gestellt wird.

5. Expreßzug junger Sozialisten. Verpflichtung der Eisenbahner, den Ertrag zusätzlicher Freizeitarbeit zum Ankauf eines modernen Doppelstock-Gliederzuges der Reichsbahn zu stiften.

6. Kompaßzahl 60 der FDJ. Wettbewerbsplan der Jugend zu unbezahlter Arbeit in Freizeit, Ferien und Urlaub in Landwirtschaft, Nationalem Aufbauwerk, Fabriken und zu Geldspenden an den Staat. Hauptprojekt ist der Bau eines Nord-Süd-Kanals und einer Ölleitung aus der Sowjetunion in die Zone.

„Sozialistischer Arbeitsstil“

Protest gegen Zonen-Terror

Bundesrat in Berlin — Viermächte-Ausschuß erneut gefordert

Berlin (Eigenbericht). Auf seiner 7. Berliner Sitzung richtete der Deutsche Bundesrat einen einmütigen Protest gegen die andauernde Verletzung der Gesetze der Menschlichkeit in der Sowjetzone. Ebenso wie der Bundestag vor drei Wochen erhob die Vertreter der Länderregierungen aus der deutschen Hauptstadt Einspruch „gegen die kaltherzige und heimtückische Knebelung der Freizügigkeit“ in Mitteldeutschland und bekannten sich zu dem Vorschlag, einen Viermächte-Ausschuß zu bilden, der die Lösung der deutschen Frage vorbereitet.

In der Erklärung, die vom Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Dr. Altmeier, verlesen wurde, wird auf die zunehmende Sowjetisierung der wirtschaftlichen Bereiche in der Zone und auf die mannigfaltige Behinderung der menschlichen Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands hingewiesen. „Mit großer Erschütterung“, so heißt es in der Erklärung, „vernahmen wir gerade in den letzten Tagen und Wochen Willkürurteile gegenüber Deutschen, denen man nichts anderes vorwerfen kann als ein freimütiges Bekenntnis zu ihrem Vaterland.“

Zu allen materiellen Belastungen und Verfolgungen, so heißt es in der Erklärung weiter, kämen vor allem noch die seelische Not und die Verzweiflung über den immer stärker werdenden Gewissenszwang, so daß der Flüchtlingsstrom ständig weiter steige. Bund und Länder wollen jedoch alle Maßnahmen zur Eingliederung der Flüchtlinge treffen.

Abschließend heißt es in der Erklärung: „Wenn wir uns so Tag für Tag zum Dienst an der Einheit Deutschlands bekennen und alle Bereitschaft zur Linderung der materiellen und seelischen Not aufbieten, so kann dies alles nicht darüber hinwegtäuschen, daß es keine Ruhe geben wird, bis die Ursache dieses Übels beseitigt ist. Die Ursache aber ist die Sowjetisierung Mitteldeutschlands gegen den Willen seiner Bevölkerung, die von Sowjetrußland von dem ersten Tage der Besetzung an in systematischer Weise betrieben wurde und zwangsläufig zur Spaltung Deutschlands geführt hat. Diese aber wird das deutsche Volk

und mit ihm die gesamte freie Welt niemals hinnehmen.“

Erklärung der Bundesregierung

Namens der Bundesregierung erklärte Bundesminister v. Merkat, die Weltöffentlichkeit könne an dem Tatbestand, daß der Bundesrat ebenso einmütig wie der Bundestag die Wiedervereinigung fordere, nicht gleichgültig vorübergehen. Merkat wies auf die einmalige menschliche Last und Aufgabe hin, die Deutschland auferlegt worden sei. Sein Dank galt der englischen Königin für die Worte, die sie beim Besuch des Bundespräsidenten gefunden habe. Sie seien eine hohe moralische Unterstützung des deutschen Anliegens gewesen. Dank gebühre auch den Darlegungen, die im Europarat sachgemäß und mit tiefem Verständnis für die deutsche Frage gemacht worden seien.

Dank an die Bundesländer

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Brandt, dankte im Namen Berlins den deutschen Ländern für ihre Hilfe. Er appellierte an alle Mitbürger im freien Teil Deutschlands, daß jeder an seinem Platz daran mithelfe, den menschlichen und geistigen Zusammenhalt mit der sowjetisch besetzten Zone zu wahren. Wörtlich sagte Brandt: „Wir haben zu helfen, soweit wir es vermögen; denn diejenigen, die als Landflüchtige im eigenen Land zu uns kommen, gehören zu uns und sind nicht Deutsche zweiter Klasse. Wenn man uns aber um Rat fragt, sagen wir freimütig, daß bleiben möge, wer bleiben kann; denn die Erhaltung der volklichen Substanz wird mit

darüber entscheiden, wann und wie wir zur Wiederherstellung unserer staatlichen Einheit gelangen.“

Wahl des neuen Präsidenten

Anschließend wählte der Bundesrat den Bremer Senatspräsidenten, Bürgermeister Wilhelm Kaisen, einstimmig zum neuen Präsidenten. Er löst den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Brandt, ab, der neben dem saarländischen Ministerpräsidenten Reinert und dem Hamburger Bürgermeister Brauer Vizepräsident wurde. Zu Beginn der Sitzung hatte der Bundesrat das Andenken von Papst Pius XII. geehrt. Während sich die Bundesratsmitglieder von ihren Plätzen erhoben, sagte Bundesratspräsident Brandt: „Papst Pius XII. wird für die Menschheit der unerschrockene Kämpfer für Frieden und Gerechtigkeit bleiben.“

Schwierige Quartierfrage

München (Eigenmeldung). Die Vorbereitungen für den vom 12. bis 16. August 1959 in München geplanten 9. Deutschen Evangelischen Kirchentag haben mit einer Tagung des Publizistischen Arbeitskreises des Kirchentages bereits begonnen. Kirchentagspräsident von Thadden-Trieglaff wird am 31. Oktober, dem Reformationstag, über alle Sender der Bundesrepublik und Westberlins die Lösung des kommenden Kirchentages bekanntgeben. Eines der größten Probleme für den vorbereitenden Ausschuß ist die Quartierbeschaffung. 500 000 Teilnehmer werden zur Hauptversammlung auf der Theresienwiese erwartet. Man rechnet außerdem mit 20 000 bis 30 000 Dauerteilnehmern und hofft auch auf 20 000 bis 30 000 Besucher aus der Sowjetzone. Wie von der Kirchentagsleitung mitgeteilt wurde, treffen die Vorbereitungen in München auf ein großes Entgegenkommen der katholischen Kirche Bayerns, die alles tun wolle, um zu einem guten Ablauf des Kirchentages beizutragen.

„Wahlergebnis steht jetzt schon fest“

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

B. Berlin (Eigenbericht). Kampfwochen. Selbstverpflichtungen; Zwangsversammlungen, Scheinwahlrummel, Propagandareden und Agitprop-Veranstaltungen kennzeichnen die Lage in der Zone. Immer wieder das hektische Antreiben der Spitzenfunktionäre! Heute zum Landeinsatz, morgen zum Arbeitseinsatz und übermorgen Aufklärungseinsatz.

POTSDAM

Kampfwoche gegen das „Hab'n wir nicht“. Ein Operativstab beim Rat des Bezirks will innere Reserven aufdecken. Die bequeme Erklärung der Verkäufer: „Das hab'n wir nicht“ soll ab sofort aufhören. Die Handelsorgane müssen sich darum kümmern, wo die Waren geblieben sind, denn eingeplant sei alles. In Brandenburg würden beim Großhandel Gasbadeöfen, elektrische Geräte und Industriewaren im Werte von über 100 000 Mark auf Abholung warten. Der Handel sei zu unbeweglich und bequem, das kritisiert die Potsdamer Bezirksausgabe der „Märkischen Union“, einer Zeitung der Ost-CDU.

Schlangen vor den Kinokassen. In Potsdam hat es sich schnell herumgesprochen, daß endlich wieder einmal ein westdeutscher Film zu sehen ist. „Ich denke oft an Piroshka“. Das Interesse der Bevölkerung ist groß, die Karten sind auf Tage ausverkauft.

„Woche des Buches“ als Wahlpropaganda. Die Überbetonung der sogenannten fortschrittlichen Literatur war eine Garantie für die SED, daß sie die „Woche des Buches“ unter sich begehen konnte. Die neuen Produktionsberichte von sozialistischen Dichtern gleichen verlängerten Zeitungsartikeln. Auf die Frage „Warum darf das Buch ‚Dr. Schiwago‘ von Boris Pasternak in der ‚DDR‘ nicht erscheinen?“ konnten die Kulturfunktionäre keine Auskunft geben.

LEUNA

Transportproblem nicht gelöst. Die SED-Zeitung „Frei-

heit“ in Halle schreibt: „Wochenlang gibt es schon keine rechtzeitige und ausreichende Versorgung Leuna mit Obst, weil der volkseigene Kraftverkehrsbetrieb in Merseburg das Transportproblem nicht lösen kann.“ Die Ursache liegt darin, daß die Planungsbehörden nicht einkalkuliert haben, wieviel Arbeiter aus anderen Bezirken täglich nach Leuna fahren und ihren Obstbedarf dort decken.

Am Ofen V in den Leunawerken verpflichteten sich zwei Brigaden, ihre Stimme den Kandidaten der Nationalen Front bereits am 16. November bis 8 Uhr zu geben. Die Brigaden erklärten sich bereit, geschlossen zum Wahllokal zu marschieren und ihre Stimmen offen abzugeben. Ein Kollege aus der Schlosserei kritisierte daraufhin: „Wozu denn eigentlich eine Wahl, wo das Wahlergebnis doch schon feststeht.“ Die Betriebsparteileitung der Leunawerke übernahm die Selbstverpflichtung, diese noch abseits „stehenden Werktätigen“ über den Sinn und Inhalt echter demokratischer Wahlen aufzuklären.

WEIMAR

Einzug ins neue Heim. In Weimar wurde von der Parteilitung der Stadt gefordert, künftig die Einweihung einer neuen Schule, den Bezug neuer Wohnungen oder die Eröffnung von Kindertagesstätten zu einer großen Demonstration der Erfolge der Arbeiter- und Bauernmacht zu machen. Es dürfe fortan kein Neubau bezogen werden, ohne daß nicht alle Beteiligten, Maurer, Zimmerleute, Architekten, Mieter und Hausverwalter, von Vertretern des Staates und der Partei beglückwünscht würden. Man könne auf diese Weise auf die stolzen Leistungen beim Aufbau des Sozialismus hinweisen und das sozialistische Bewußtsein bilden.

Vor Westreisen werden sie „vergattert“. Eine Delegation von Kirchenmusikern wurde vor einer Reise ins westliche Ausland politisch auf Vordermann

gebracht. Sie mußten sich schriftlich verpflichten, wieder zurückzukommen, und ermahnt, als „bewußte Bürger der DDR“ aufzutreten.

DRESDEN

Falsche Nachrichten sollen Ärzte beunruhigen. Die „Sächsische Zeitung“ klagt über Gerüchte, anonyme Anrufe und Meldungen, die Ärzten in Dresden zugehen. Die Ärzte würden beunruhigt durch Hinweise, gegen sie laufe ein Untersuchungsverfahren, man wolle sie bedrohen und zur Flucht treiben. Der Dresdener Hals-, Nasen- und Ohrenspezialist Dr. Stock habe auf Grund einer solchen Drohung einen Herzanfall erlitten und läge nun schwer danieder. Auch die Professoren Dr. Güttner und Dr. Sprung seien bedroht worden. Diese Erklärung wurde auf einem medizinischen Kongreß in Dresden abgegeben.

65 Passagiere beim Absturz getötet

Moskau/Peking (ap/dpa). An Bord des 640 km östlich von Moskau abgestürzten sowjetischen Düsenverkehrsflugzeuges vom Typ TU-104 befanden sich 65 Passagiere, die sämtlich getötet wurden. Während der Moskauer Rundfunk diese Zahl bisher verschwiegen, wurde sie von Radio Peking mitgeteilt. An Bord der Maschine war auch eine zehnköpfige Delegation hoher chinesischer Funktionäre unter Führung des stellvertretenden Kulturministers Cheng Cheng-to.

Die deutsche Botschaft in Moskau gab bekannt, daß entgegen ursprünglichen Angaben des sowjetischen Außenministeriums keine Bürger der Bundesrepublik unter den Todesopfern sind. Bei den fünf verunglückten Deutschen handelt es sich um eine sowjetzonale FDJ-Delegation, die an einem internationalen Studentenkongreß in Peking teilgenommen hatte.

Neue sowjetische Atomwaffe?

Aufsehenerregende Beobachtungen in Japan

Shizuoka (Japan) (ap). Eine aufsehenerregende Beobachtung hat ein japanischer Wissenschaftler gemacht: Eine Analyse der radioaktiven Ausschüttung in den letzten Tagen läßt darauf schließen, daß die Sowjetunion eine neue, bisher unbekannt Art von Atomwaffen besitzt. Die Untersuchung nach den letzten sowjetischen Versuchsexplosionen hat ergeben, daß die Ausschüttung keine Spur mehr von Uran-237 enthält, das gewöhnlich im Atomstaub enthalten ist. Dafür wurden 49 Prozent Neptunium-239 und kleine Mengen anderer Elemente gefunden. Der aufgefangene Atomstaub ist außerdem leicht löslich, so daß er ohne weiteres auch feinmaschiges Filtrierpapier passieren kann.

Nach Mitteilung von Beobachtungsstationen in Tokio hat die Sowjetunion zwei weitere Atombomben nördlich des Polarkreises zur Explosion gebracht. Es handelt sich um den 13. und 14. Versuch seit der Wiederaufnahme der sowjetischen Atomtaste.

Physik-Nobelpreis nach Moskau

Gleichzeitig mit der heftigen sowjetischen Reaktion auf die Verleihung des Literatur-Nobelpreises an Boris Pasternak veröffentlichte die Stockholmer Zeitung „Aftonbladet“ die Meldung, daß die sowjetischen Atomwissenschaftler P. A. Tscherenkow, Igor Tamm und I. Frank für den Nobelpreis für Physik 1958 in Aussicht genommen seien. Dem Blatt zufolge würden die drei sowjetischen Professoren den Preis für die Entdeckung der Bedeutung des oberhalb von Unterwasser-Atomreaktoren auftretenden bläulichen Lichtes, des sogenannten „Tscherenkow-Effektes“, erhalten. Die sowjetischen Wissenschaftler haben auf der Grundlage dieses Effektes einen neuartigen Zähler für kosmische Strahlungen konstruiert. Am Dienstag wurde die Verleihung von der Schwedischen Akademie bekanntgegeben.

Die Meldung hat lebhaftes Spekulationen über die Frage

ausgelöst, welche Folgen die Verleihung weiterer Nobelpreise an sowjetische Träger auf die Möglichkeiten der persönlichen Entgegennahme des Literaturpreises durch Pasternak hat.

„Pasternak ein Judas“

Stockholm/Moskau (ap/dpa). Der sowjetische Schriftsteller Boris Pasternak hat sich telegrafisch bei der Schwedischen Akademie für die Verleihung des Nobelpreises für Literatur bedankt. Das Telegramm hat folgenden Wortlaut: „Über alle Maßen glücklich, gerührt, stolz, erstaunt, beschämt.“

Ob es Pasternak möglich sein wird, den Nobelpreis in Stockholm selbst in Empfang zu nehmen, erscheint angesichts des heftigen Kesseltreibens des sowjetischen Schriftstellerverbandes mehr als fraglich. Mit allen Mitteln des geschriebenen und gesprochenen Wortes wird der 68jährige Schriftsteller mühe gemacht. Von den bisher geäußerten Vorwürfen sind die schwerwiegendsten: „Judas, der für 30 Silberlinge sein Vater-

„Frei erfunden“

Berlin (Eigenmeldung). Ein Sprecher des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen bezeichnete die Behauptung Ulbrichts als „frei erfunden“, ein Mitglied des Bundeskabinetts habe den Plan einer gesamtdeutschen Föderation entworfen und in Osterlin Besprechungen über dieses Thema geführt. Diese Behauptung solle offenbar dazu dienen, so sagte der Sprecher, ein Mitglied der Bundesregierung in Gegensatz zu seiner eigenen Partei zu bringen. Die Berichte der SED-Presse über einen angeblichen Gegensatz zwischen dem Bundeskanzler und Bundesminister Lemmer bezeichnete der Sprecher als einen Versuch, die politische Position des bei der Bevölkerung der Zone angesehenen Ministers Lemmer zu erschüttern.

land verkaufte“, und „Köder auf dem verrosteten Angelhaken der antisowjetischen Propaganda.“ Man gibt Pasternak zu verstehen, daß er der Verachtung seines Volkes preisgegeben sei und ein „unrühmliches Ende“ auf ihn warte.

Mercedes-Vermögen freigegeben

Argentinisches Werk kann die Arbeit wiederaufnehmen

Buenos Aires (ap/dpa). Der argentinische Staatskommissar Colombo teilte in Buenos Aires mit, daß die von den Daimler-Benz-Werken in Argentinien errichtete Lastkraftwagenfabrik Mercedes-Benz-Argentina „nach Erfüllung entsprechender gesetzlicher Vorschriften“ ihre Arbeit wiederaufnehmen kann. Die Fabrik war seit dem Sturz des argentinischen Staatspräsidenten Perón im Jahre 1955 stillgelegt und unterstand einem Staatskommissar.

Die Mitteilung Colombos erfolgte anlässlich der Veröffentlichung des Gerichtsurteils im Fall Mercedes-Benz-Argentina, in dem den Daimler-Benz-Werken 54 Prozent des Aktienkapitals der Mercedes-Benz-Argentina, also das effektiv eingebrachte Kapital, zuerkannt wurde. Seit dem Sturz Peróns war die Frage der effektiven Kapitalbeteiligung von Daimler-Benz an diesem früher von Pe-

róns Finanzmann, Jorge Antonio, geleiteten Unternehmen strittig gewesen. Die Revolutionsregierung hatte die Daimler-Benz-Beteiligung als aktiv und den nunmehr anerkannten Kapitalanteil des Stuttgarter Werkes als illegale Gewinne Jorge Antonios angesehen.

Protest in Pankow

Belgrad (dpa). Die jugoslawische Regierung hat bei der Sowjetunionregierung wegen „prinzipienloser Angriffe gegen Jugoslawien“ protestiert, die kürzlich in dem Abschluskkommuniqué zum Besuch der sowjetischen Partei- und Regierungsdelegation in Bulgarien enthalten gewesen seien. In dem Kommuniqué war den jugoslawischen Kommunisten vorgeworfen worden, ihr Parteiprogramm sei revisionistisch. Gegen diese „Hauptgefahr“ richte sich der unveröhnliche Kampf der Kommunisten.

Ludwig arbeitete für Sowjets

„Militärisches und politisches Material geliefert“

Karlsruhe (dpa). Nach zweiwöchigem Schweigen zum Fall des unter Spionageverdacht verhafteten Kapitänleutnants der Bundesmarine, Horst Ludwig, hat die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe bekanntgegeben, daß der Verhaftete und weitere drei Personen dringend verdächtigt werden, für den sowjetischen militärischen Nachrichtendienst gearbeitet zu haben. In einer Verlautbarung der Bundesanwaltschaft heißt es, die polizeilichen Ermittlungen hätten jetzt einen gewissen Abschluß gefunden. Mit einer Ausweitung des verdächtigen Personenkreises sei nicht zu rechnen.

Die bisherigen Ermittlungen sowie erhebliches Beweismaterial lassen nach Ansicht der Bundesanwaltschaft den Verdacht zu, daß auch politisches Nachrichtenmaterial von den Angeklagten weitergegeben wurde. Es gebe jedoch Anhaltspunkte dafür, daß sich Umfang und Bedeutung der gelieferten Nachrichten in beschränkten Grenzen gehalten haben. In der Verlautbarung wird besonders darauf hingewiesen, daß sich Kapitänleutnant Ludwig vorübergehend zur Ausbildung in den USA aufgehalten habe. Außer dem Kapitänleutnant befinden sich seine Schwester Hanni Jäger und deren Ehemann sowie der 32jährige Obermaat der Bundesmarine, Fritz Briesemeister, in Haft. Eine weitere Person, die sich in Haft befand, ist wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Hagemann und Strasser

Heidelberg (dpa). Nach heftigen Diskussionen endete in Heidelberg ein sogenannter „Erster Europäischer Neutralisten-Kongreß“ mit der Konstituierung eines „Büros der dritten Kraft“. Dem 18köpfigen Präsidium gehören u. a. der Münsteraner Professor für Publizistik, Prof. Dr. Walter Hagemann, und der Gründer der Deutsch-Sozialen Union, Dr. Otto Strasser, an. Hagemann nahm an dem Kongreß nicht teil. Albert Schweitzer hatte das ihm angebotene Eh-

renpräsidium abgelehnt. Die indische Botschaft in Bonn sandte der Tagung ein Grußtelegramm.

Prof. Hagemann erklärte in Münster, daß er die Wahl in das 18köpfige Präsidium des „Büros der dritten Kraft“ nicht annehme. Erst aus der Zeitung habe er erfahren, daß er diesem Präsidium angehören soll.

... Kalter Krieger

DT. Von einem Mann namens Kurella hörte man nur wenig. Sehr zu seinem Vorteil, will uns scheinen. Kurella arbeitete bisher im stillen, als Kulturfunktionär beim SED-Zentralkomitee. Aber man kann und darf nicht immer still sein im Kampf gegen den Westen. Und so sagte nun Kurella laute Worte. Sehr zu seinem Nachteil, will uns scheinen.

Denn er legte los als kalter Krieger mit schärfsten Kalibern. Dabei verwechselte er zwar den kalten mit dem heißen Krieg, aber das läßt ihn kalt gegenüber dem deutschen Volk und heiß in der Ergebenheit gegenüber dem Pankower Regime. Kurella versichert: Genauso, wie man während des Krieges als Deutscher nicht auf die Idee kam, seine Freunde und Verwandten in England zu besuchen, genausowenig könne man heute als „Bürger der DDR“ auf den Gedanken kommen, eine Reise in die Bundesrepublik zu beantragen.

Krieg ist Krieg, ob kalt oder heiß — für Kurella. Für ihn also ist Westdeutschland feindliches Ausland. Wie es England zwischen 1939 und 1945 gewesen ist. Er hat die Kriegserklärung ausgesprochen. Gegen seine eigenen Landsleute. Nur, daß diese sich nichts daraus machen.

... „gütiger Freund“

Wie so warmherzig ist dagegen Kurellas oberster Chef Ulbricht, jedenfalls neulich im Friedrichstadt-Palast gewesen. Er bot statt bitterböser Kriegsparolen friedliche „Geschäfte zu gegenseitigem Vorteil“ uns notleidenden Westberlinern an. Milch, Gemüse, Schweinefleisch

will er uns tonnenweise in den Rachen werfen gegen Elektrogeräte, Maschinen und Werkzeuge. Ähnliches offerierte er ja schon neulich, um uns näherungsmaßig vom Westen „unabhängig“ zu machen. Und jetzt sprach er sogar von einer Regelung der Grenzgängerfrage, von Besichtigungsfahrten und Gesellschaftsreisen für Westberliner in sein Reich. Er regte Verhandlungen an. Warum nicht?

Doch solche Umstände sind ja gar nicht nötig, wo es lediglich eines Winkes des Genossen Ulbricht bedarf, und wir können mit Ostberlin telefonieren und die Gräber am Stadtrand pflegen und die Verwandten in der Zone besuchen. Warum also so umständlich? Weil Ulbricht auf einer „Wahlversammlung“ der SED sprach, die in das Westberliner Abgeordnetenhaus siegreich einziehen will — und vorher auf Dummen- und Stimmenfang geht.

Friedensburg in London

London (dpa). Der Berliner Bundestagsabgeordnete Professor Dr. Friedensburg vertrat in London die Ansicht, daß die Wiedervereinigung Deutschlands trotz des im In- und Auslande verbreiteten Pessimismus nach wie vor möglich, ja sogar wahrscheinlich sei. Auch die Sowjetregierung müsse, auf lange Sicht gesehen, an einer guten Nachbarschaft mit dem zweitgrößten Volk in Europa interessiert sein.

Unerwünschter Gruß

Stockholm (ap). Lang angestauter politischer Groll entlud sich kürzlich zwischen einem Deutschen und einem Russen in dem südschwedischen Badeort Bastad.

„Heil Hitler“, sagte der Russe.

„Lang lebe Stalin“, entgegnete der Deutsche.

Darauf holte der Russe aus, und der Deutsche hatte ein blaues Auge. Der schwedische Richter verurteilte den Russen jetzt zu 225 Kronen (180 DM) Geldstrafe und 210 Kronen (168 DM) Schmerzensgeld.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.



BILDER DER WOCHE. Oben: Seinen ersten päpstlichen Segen erteilte Johannes XIII. am Dienstagabend von der Loggia des Petersdomes. — Unten: In ein Trümmerfeld verwandelt wurde ein Teil der kanadischen Hauptstadt Ottawa. Aus einer undichten Leitung ausgeströmte Gase hatten sich entzündet.

